Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

20.8.1926 (No. 191)

Visual Library

№ 191 Freitag, den 20. August 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Noch vor nicht langer Zeit mußte man die **Finanzlage des Reichs**, wenn man die Ausweise der Reichseinnahmen für das 1. und 2. Vierteljahr 1926 betrachtete und die Voranschlagsziffern damit in Vergleich zog, als recht gespannt ansehen, zumal vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung ganz außerordentliche Ausgaben bevorstehen. Kürzlich hat nun der Reichsfinanzminister Angaben über die Reichsfinanzen gemacht, die ein günstigeres Bild bieten, insbesondere gilt das für den Monat Juli, und wir können nun doch der nächsten Zeit mit ihren schweren Aufgaben ruhiger entgegensehen. Vorerst haben jedenfalls die neuen Ziffern die **Berechtigung** der eingetretenen **Steuersenkungen** ergeben, denn das Reich hat dadurch keinen Schaden erlitten, während die Wirtschaft eine dringend notwendige Entlastung erfuhr.

Steuern und Zölle haben erhebliche **Mehrerträge** gebracht, und der Reichsfinanzminister glaubt jetzt versichern zu können, daß das laufende Etatsjahr ohne Defizit abschließen werde, falls keine neue Verschlechterung der Wirtschaftslage eintritt oder besondere Mehrausgaben durch das Parlament bewilligt werden. Der Minister hat auch darauf hingewiesen, daß die in letzter Zeit laut gewordenen ungünstigen Schlußfolgerungen über die Finanzlage auf Vergleichen unter einfacher Durchschnittsberechnung der in den Etat eingesetzten Jahressummen beruhen, daß aber die Steuereingänge der einzelnen Monate nach ganz verschiedenen Gesichtspunkten, die jeweils das Aufkommen beeinflussen, gewertet werden müßten. Außerdem aber überschreitet das Steueraufkommen auch bei Vergleich mit den Durchschnittszahlen, nach Berücksichtigung des Juliergebnisses den Voranschlag bereits um einige Millionen Mark. Die Steuereinnahmen im Juli stellen sich im Vergleich zu denen der ersten Monate dieses Jahres erheblich günstiger, obgleich damals noch die Umsatzsteuer in doppelter Höhe erhoben wurde und auch die übrigen Steuermilderungen nicht zur Auswirkung gelangt waren. Andererseits darf freilich dabei nicht vergessen werden, daß 1925 die Veranlagung der Steuerpflichtigen nur eine vorläufige war und daß jetzt die sog. Abschlußzahlungen erfolgen müssen, nachträgliche Zahlungen von Steuern, die eigentlich bereits im Vorjahr fällig gewesen wären und die somit nur vorübergehend zu den gegenwärtigen günstigeren Ergebnissen beitragen. Auch der Lohnsteuerertrag ist im Juli gegen die Vormonate angestiegen (93 Mill.), und es zeigt sich darin die Besserung des Beschäftigungsgrades, wenn auch die in den Etat eingesetzte Summe noch nicht erreicht wurde. Die Umsatzsteuer ist vom Juni (mit 60 Mill.) auf 88 Mill. gestiegen (im Juli 1925 145 Mill. bei doppelt so hohen Sätzen). Die Besserung der Konjunktur zeigen auch die Erträgnisse der bekanntlich gleichfalls um die Hälfte ermäßigten Börsenumsatzsteuer an. Bei den Zöllen rechnet man für das ganze Etatsjahr mit einer Mehreinnahme von 200 Millionen. Ob diese Rechnung richtig ist, muß sich erst zeigen, da die am 1. August eingetretene Zollerhöhung zu einer sehr starken Vorversorgung mit Getreide aus dem Auslande geführt hat, eine Ursache nur vorübergehender Natur also für die Steigerung der Zolleinnahmen.

Die **Ausgaben** hielten sich im Rahmen des Voranschlags und an Nachforderungen werden hoffentlich nur die angekündigten für die Erwerbslosenfürsorge und die Anleiheablösung notwendig. Das Reich glaubt die für das Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Ausgaben zunächst aus laufenden Einnahmen decken zu können und will zunächst wenigstens den Anleihemarkt nicht in Anspruch nehmen.

Im ganzen zeigen verschiedene Produktionszweige, nicht nur die durch den englischen Streik gesteigerte Kohlenproduktion, deutliche Besserung. Das gleiche ist bei den Einnahmen der Reichsbahn festzustellen. Im Steigen der Effektenkurse kommt auch die hoffnungsfreudige Stimmung der Börse zum Ausdruck. Leider ist immer noch nicht in genügendem Maß eine Besserung bei den Arbeitslosenziffern festzustellen, wenn auch hier der Juli endlich deutlich günstigere Zahlen brachte.

*

Die Probleme unserer Volkswirtschaft sind gerade jetzt wieder in hohem Maße von der **Entwicklung der Technik** abhängig, die wiederum sich stark auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungen stützt. In Verbindung damit ist eine umfassende **Neuorganisierung** der industriellen Produktion im Gang, und so sehen wir Technik und Organisation vereint an der Arbeit einer Neuaufstellung von Grundlagen der deutschen Wirtschaft. So viel scheint, trotz aller Zurückhaltung der einschlägigen Stellen über Einzelheiten, festzustehen, daß die Ausnutzung unserer Kohlenproduktion sich in ganz neuen Bahnen zu bewegen beginnt. Die Verfahren, welche eine **Verflüssigung** der Kohle in Leicht- und Schweröle ermöglichen, wobei noch wertvolle Heizgase und künstliche Düngemittel abfallen, sind offenbar längst über das Stadium der Versuche hinausgediehen und soweit ausgebaut, daß sie nun praktisch in Großanlagen verwendet werden können. Gewiß wird es Jahre dauern, bis wir dadurch vom Ölbezug aus dem Ausland unabhängig werden, da hierzu sehr kostspielige u. umfangreiche Fabrikbauten notwendig sind, aber die nun im Gang befindliche organisatorische Entwicklung **des Farbentrusts**, der jetzt sein Aktienkapital auf 1,1 Milliarden erhöht hat — der Kurswert dieses Kapitals wird doppelt so hoch angenommen, und nur noch die größten amerikanischen Trusts können sich ihm an die Seite stellen — zeigt, welches **Riesenwerk** von größter Tragweite zurzeit vorbereitet wird. Dabei sucht sich die künftige deutsche Ölproduktion aus Kohle mit der Weltmacht des Petroleumkapitals von vornherein zu einigen und es ist wahrscheinlich, daß die deutschen Patente und Erträgnisse der Fabrikationslizenzen starken Kapitalzufluß nach Deutschland ermöglichen und neue Posten der sogen. „unsichtbaren Ausfuhr" schaffen werden.

Über zwei Verfahren verfügt der Farbentrust zur Gewinnung von Benzin aus Kohle, das sog. Bergiusverfahren (Verflüssigung der Kohle unter hohem Druck und hoher Temperatur) und ein anderes, dem Fischerverfahren ähnliches synthetisches Verfahren, wobei Leichtöle über den Koks aus Kohlenstoff und Wasserstoff gewonnen werden. Methyalkohol zur Herstellung von Lacken wird bereits vom Farbentrust synthetisch gewonnen. Eine Kohlenverflüssigungsanlage aus Braunkohle nach dem Bergiusverfahren befindet sich bei Merseburg im Bau. Außerdem vergrößert der Farbentrust seine Anlagen zur Gewinnung von Stickstoffdünger. Weitere Pläne erstrecken sich auf die Zuckergewinnung aus Zellulose (Sägespäne) und die Holzalkoholgewinnung, wobei übrigens zu bemerken ist, daß bereits seit langem aus den Sulfitlaugen der Zellulosefabriken Alkohol gewonnen wird.

Die andere größte deutsche Kombination, der **Stahltrust**, befindet sich weiter im Ausbau, sowohl nach innen durch die Neuorganisierung der Produktion der verschiedenen ihm zugehörigen Werke, wodurch man hofft, zunächst die Hauptbetriebe wieder nahezu voll beschäftigen zu können, wie auch nach außen durch die im Gange befindliche Organisation des internationalen Eisenkartells. Der Stahltrust, dieses Riesengebilde mit seinem Aktienkapital von nominal 800 Millionen Stammaktien steht als Zechenbesitzer mit dem **Kohlenbergbau** in engster Verbindung. Dieser als solcher hat große Fortschritte im maschinellen Kohlenabbau und der Transporttechnik gemacht. Neuerdings beschäftigen sich westfälische Kohlenzechen auch mit umfassenden Plänen der **Ferngasversorgung** auch weiter entfernt gelegener Städte bis Frankfurt a. M. und Darmstadt.

*

Wenn die Fortschritte in Wissenschaft, Technik und Organisation **dem deutschen Volke jedoch tatsächlich Vorteile** bringen und dem Wiederaufbau dienen sollen, dann wird der Staat dafür sorgen müssen, daß nicht aus Wohltaten Plagen werden, daß diese Fortschritte nicht einigen Wenigen oder gar nur dem internationalen Trustkapital und seiner Macht zugute kommen. Alle diese Fortschritte werden zunächst Arbeitskräfte sparen und somit Menschen aus ihren Erwerbsstellen drängen. Solchen Schaden werden sie nur gutmachen können, wenn sie nicht nur verbilligte Produktion, sondern auch tatsächlichen **Preisabbau** zur Folge haben und damit Stärkung der Kaufkraft, Vermehrung des Absatzes im In- und Ausland, und dadurch dann auch wieder neue Arbeitsgelegenheit schaffen.

Eine Preisdiktatur der Kartelle und Trusts kann sich kein Staat gefallen lassen. Aus Kommentaren der Montanpresse zu der Expansion des Farbentrusts erfuhren wir dieser Tage, daß der synthetische Stickstoffdünger durch die chemische Industrie längst billiger als der Ammoniakdünger (gleichfalls ein Stickstoffdüngemittel) aus den Kokereibetrieben der Zechen geliefert werden kann daß aber noch bis 1930 durch Abmachungen über entsprechend hohe Preise der Zechenammoniak Schutz genießt u. so die Preise der Düngemittel des Farbstofftrusts über Gebühr verteuert werden. Bedenklich liegen auch die Dinge in der **Kaliproduktion**, wo trotz Ausbaues modernster und Stillegung veralteter Betriebe in großem Maßstab — wie aus den neu angestrebten Preiserhöhungen zu schließen — entweder noch keine tatsächliche Rationalisierung eingetreten oder aber die Preiserhöhung nicht gerechtfertigt sein kann. Würden **Ferngasanlagen** direkt von den Kohlenzechen die kommunalen Gasanstalten nur mehr zu Verteilungsanstalten und damit viele Gemeindearbeiter brotlos machen, dann könnte nur ein wesentlich billigerer Gaspreis eine Zustimmung der betreffenden Gemeinden, die dann ev. mit freiwerdenden Mitteln an andere Projekte gehen könnten, rechtfertigen.

***

Deutschland in Basel

Vor einiger Zeit schilderten wir die Beteiligung Badens auf der Baseler Internationalen Ausstellung für Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung im Rahmen der deutschen Abteilung. Im Nachstehenden sei ein Überblick über die gesamte deutsche Schau in Basel gegeben.

Die deutsche Schau erstreckt sich über die Gesamtlänge des rechten Flügels der ersten beiden Ausstellungshallen und nimmt hervorragenden Anteil an der Ausstellung der Industrie in der Halle IV. Die Hauptschau ist in Halle I und II als ein geschlossenes Ganzes vereinigt.

Hier ist der Leitgedanke der Gesamtausstellung: „Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung" in vorbildlicher, klarer und logischer Aufeinanderfolge zum Ausdruck gebracht und der innere Zusammenhang zwischen diesen beiden Gebieten betont worden durch die räumlich zwischen die Gruppen der Binnenschiffahrtsstraßen und Wasserkraftnutzung eingeschaltete Schau der wissenschaftlichen Versuchsanstalten.

Einheitlichkeit des in lichten Farben gehaltenen äußeren Gewandes der deutschen Schau, günstige Ausnützung der Raumwirkung der hoch und weit gebauten Hallen, gründliche Sichtung des zur Ausstellung Gebrachten unter der Wahrung eines logischen Zusammenhanges in der Reihenfolge zeichnen die deutsche Schau aus. Die Schau soll sowohl dem Techniker wie dem Laien ein geschlossenes Bild geben über das bisher in der Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung Erreichte und die auf diesem Gebiete noch zu lösenden Aufgaben, gleichzeitig aber die unentbehrliche Mitarbeit der wissenschaftlichen Institute zur Erreichung der großen Ziele vor Augen führen.

Was dem die Ausstellung besuchenden Techniker weniger vonnöten ist, für den Laien aber umso erwünschter, ist in der deutschen Schau durchgeführt. In einem inhaltlich außerordentlich reichhaltigen **Sonderkatalog** sind die zur Ausstellung gekommenen Gegenstände beschrieben. Gut sichtbar angebrachte laufende Numerierung erleichtert das Aussuchen der einzelnen Stücke. Regelmäßige von Sachverständigen durchgeführte **Gruppenführungen** ermöglichen auch dem Laien, sich wertvolle Kenntnisse aus dem Besuche der deutschen Schau mitzunehmen. Jeder Besucher, der sich einer der etwa 1½ Stunden dauernden Führungen angeschlossen hat, wird Klarheit erhalten über den Inhalt der Begriffe „Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung", über die bisher auf diesem Gebiete gelösten Aufgaben und die noch zu erstrebenden Ziele, er wird sich bewußt werden der Wechselbeziehung zwischen Wasserverkehr und Wasserkraftwirtschaft und erkennen, wie wichtig und unentbehrlich zur Förderung der entsprechenden Arbeiten die Tätigkeit der wissenschaftlichen Institute und Versuchsanstalten ist.

Den ausländischen Besuchern wird jederzeit durch das Bureau der deutschen Abteilung **fremdsprachliche Auskunft** erteilt (französisch, italienisch, englisch, russisch).

Die Auswahl der Ausstellungsstücke ist außerordentlich sorgfältig mit künstlerischem Empfinden unter Würdigung der technischen Zusammenhänge und der geschichtlichen Entwicklung durchgeführt.

Vor allem haben schon seit den ersten Tagen seit der Eröffnung der Ausstellung die große Anzahl der beweglichen **Modelle** das Interesse der Besucher in Anspruch genommen. Erwähnt sei nur das einzigartig schöne **Modell des Bingerloches**, wo vor den Augen des Besuchers die Schleppzüge zwischen den in warmen Farben lachenden Rebhügeln der Rheinufer berg- und talwärts ziehen. Nicht minder besucht ist das **Modell des Schiffshebewerkes Niederfinow**, das in vorbildlicher Weise dem Besucher zeigt, mit welch gewaltigen Bauwerken man heute die Schiffahrtskanäle ausstattet.

Ein Rundblick auf der hier schon beschriebenen großen Rheinkarte zeigt die mit wertvollen Modellen, künstlerischen Gemälden, und anschaulichen Tafeln besonders reich ausgestattete **Rheinabteilung**, anschließend hieran in den drei Kojen der Rückwand die Abteilung des **Rhein-Neckar-Donau-Kanals** mit dem eindrucksvollen Leuchtbild der in Ausführung befindlichen Schiffahrtsstraße, die Abteilung der **westdeutschen Kanäle** mit einer Darstellung des Rhein-Herne-Kanales der Umschlagsanlagen und Hüttenwerke des Hafens von Bremen und den Weserübergang bei Minden, die Abteilung der **Rhein-Main-Donau-Verbindung** mit großen Modellen der schon fertiggestellten Kraft- und Schleusenstufe „Viereth" im Main bei Bamberg und der im Bau befindlichen Großwasserkraftanlage mit Doppelkammerschleuse „Kachlet" bei Passau und drei künstlerisch wertvollen Gobelins mit der Darstellung der im Laufe der Jahrhunderte ins Auge gefaßten Lösungen des Gedankens einer Rhein-Main-Donau-Verbindung und der endgültigen Lösung des Problems durch die Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau.

Weiterhin erblickt man von hier aus die das Gebiet der **Elbe und Oder** darstellenden interessanten Wandtafeln, sieht

die **Leuchtfeuer aufleuchten**, welche in einem anschaulichen Modelle die Einrichtungen zur Sicherung der Einfahrt aus der Ostsee über die Swine in die Oder nach Stettin wiedergeben.

Der Blick des Besuchers ruht schließlich auf dem großen Gemälde der **Mannheim-Ludwigshafener Häfen**, welches allein eine ganze Wandfläche einnimmt. Vor diesem Bilde schließlich das Modell der als Ausgangspunkt für die westdeutschen Schiffahrtsstraßen wichtigen **Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen** (des größten Binnenhafens der Welt) und ein denselben Hafen darstellendes Wandgemälde.

Verschiedene Modelle von Schiffen aus alter und neuer Zeit, Schiffsmühlen, das Arbeitsgerät eines Goldwäschers, die bekannte historische Salmenwage, der Andernacher Kran, Kettenschlepper, Wandtafeln und Modelle über Strombauarbeiten am Rhein, Verkehrsstatistiken, wertvolle Holzschnitte, Lichtbilder usw. heben den Gesamteindruck der Halle I ohne die überwältigende Wirkung der weiten, und- hohen, von hellem Licht durchfluteten Räume zu mindern.

Vorbei an der Schau der **Hamburgischen Schiffbauversuchsanstalt** mit ihren anschaulichen im Betriebe vorgeführten mit Meßvorrichtungen ausgestatteten Modellen eines Flußschleppers gelangt man aus der Halle I zur Abteilung der **Wissenschaftlichen Versuchsanstalten** in die Halle II. In geschlossener Reihe von Wandtafeln und Leuchtbildern wird hier dem Besucher ohne durch übergroße Fülle sein Auge zu ermüden, Einblick gegeben in das Arbeitsgebiet dieser Anstalten. Zahlreiche in Betrieb vorgeführte Modelle lassen die Bedeutung des Versuchswesens bei Lösung der großen und schweren Aufgaben des Fluß- und Wasserbaues klar erkennen.

Besonders hervorzuheben sind die Modelle der **Preußischen Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffbau** in Berlin, die u. a. eine Schleuse in Betrieb vorführt, durch welche nach Betätigung eines Druckknopfes ein Schleppdampfer mit drei Kähnen ohne Aufenhalt durchgeschleust wird.

Die **Preußische Landesanstalt für Gewässerkunde** zeigt interessante Wandtafeln mit Erzeugnissen aus ihrem Arbeitsgebiet. In einer geschlossenen Zusammenstellung werden die **Meßgeräte** gezeigt, die der Wasserbauer benützt.

Ganz besonderes Interesse hat die sich hier anschließende Ausstellung der **deutschen Hochschulen** gefunden. Es ist hier gelungen, auch dem Laien eine klare Vorstellung zu geben, inwieweit die hydraulischen Institute ihrem hohen Ziele nahe gekommen sind, Stätte der Lehre, der Forschung und der Anwendung ihrer Untersuchungen für die Praxis zu sein.

Das Modell der **Technischen Hochschule Karlsruhe** mit der von Geheimrat Professor Rehbock erfundenen Zahnschwelle zeigt einen geradezu verblüffenden Beweis, von welcher Bedeutung der Modellversuch für die zweckmäßige und wirtschaftliche Ausgestaltung von Bauwerken im Wasserbau ist.

Die **Vorlesungsversuchsrinne von Professor Ludin** der Technischen Hochschule Berlin hat, von kundiger Hand vorgeführt, nicht minder das Interesse der Besucher auf sich gezogen; wird hier doch gezeigt, wie die Hochschulen heute den Studierenden der Wasserbaukunst den an sich nicht leicht zugänglichen Lehrstoff der Hydraulik begreiflich machen.

Das Modell des **Kaiser Wilhelm-Instituts für Strömungsforschung in Göttingen**, zeigt neueste interessante Forschungsergebnisse, welche vor allem für den Flugzeugbau von Bedeutung sein werden.

In verkleinertem Maßstabe wird das gesamte **Flußbaulaboratorium der Technischen Hochschule Dresden** in Betrieb vorgeführt. Der Besucher gewinnt hier ein zusammenfassendes Verständnis über die Einrichtungen, welche in den technischen Hochschulen zur Erweiterung der — in vielem noch Dunkles bietenden — Kenntnisse über die Bewegungsformen u. die Kraftwirkung des Wassers zur Verfügung stehen.

Mit dem Modelle des **hydraulischen Instituts der Technischen Hochschule München**, einem Turbinenprüfstande, wird dem Besucher in anschaulicher Form das Wesen einer Wasserkraftanlage vorgeführt.

Eine reiche Sammlung von **Wandtafeln, Diagrammen und Leuchtbildern** auch aus dem Arbeitsgebiete der übrigen deutschen technischen Hochschulen vervollständigt das durch die Modelle geschaffene Bild.

In räumlichen und logischen Zusammenhängen mit dem bisher Gezeigten gibt die deutsche Schau in den anschließenden Räumen eine übersichtliche Darstellung der in Deutschland auf dem Gebiet der **Wasserkraftnutzung** bisher erreichten Ziele und der noch zu lösenden Aufgaben.

Die verschiedenen Länder, Baden, Preußen, Sachsen und Bayern haben hier ihre schon fertiggestellten wie auch noch geplanten Anlagen ausgestellt. Wer sich an einer Führung durch diese Abteilung beteiligt hat, wird seine Überzeugung von der Geschlossenheit der deutschen Schau erneut festigen.

Baden zeigt neben dem schon in Betrieb befindlichen Murg- und Schwarzenbachwerke die geplanten Anlagen zur Ausnützung des Gefälles zwischen Schluchsee und Oberrhein.

Preußen gibt eine Übersicht seines ausgedehnten Kraftversorgungsgebietes mit Darstellungen einzelner großer Kraftanlagen.

Sachsen zeigt die weit vorgeschrittene Ausnützung der Wasserkräfte des Landes zu Nutzen seiner ausgedehnten Industrie.

Bayern bildet mit seinen Großkraftanlagen am Walchensee und an der mittleren Isar und seinen großzügigen Projekten an der Ammer und am Lech einen würdigen Abschluß der Hauptschau. In einem Gesamtplan der Wasserkraftnutzung Bayerns tritt dem Besucher nochmals vor Augen wie die Interessen der Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung sich berühren, ineinander greifen, einander ergänzen und unterstützen, welche Aufgaben schon gelöst und welche Ziele noch anzustreben sind. Die sich räumlich unmittelbar anschließende Schau der deutschen Städte, Hafenverwaltungen und Reedereien in Halle III bietet eine reichhaltige Darstellung der Häfen und Umschlagseinrichtungen und ergänzt damit in geschickter Weise die soeben geschilderte Hauptschau.

Die im ersten Stockwerk der Halle II unmittelbar über der Schau der Wasserkraftnutzung untergebrachte Ausstellung der **Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe** gibt außerordentlich lehrreiche Auszüge aus ihrem hydrographischen Materiale unter anderem in Modellen, Wandtafeln und in einem besonders sehenswerten Leuchtbilde Darstellungen der Kraftwerke am Oberrhein und der in diesem Gebiete entstehenden Kanalisationsprojekte.

In der Halle IV hat die deutsche Industrie sich in breitem Umfange an der Ausstellung von Maschinen beteiligt. Es würde zu weit führen hier auf Einzelheiten einzugehen, besonders erwähnenswert sind die Stände der Firma J. M. Voith, Heidenheim (Ausstellung einer Original Propeller-Turbine für das Kachlet in Passau), die Stände der Maschinenfabrik Ausgburg-Nürnberg, Aug. Klönne, Dortmund, Preß und Walzwerk, Reisholz b. Düsseldorf, Mannesmannröhrenwerke, Düsseldorf, Holzrohrbau-A.-G. Freiburg (Baden).

Neben der Industrie haben verschiedene Projektierungsbüros die teilweise an Industrieunternehmungen angeschlossen sind aus ihrem Arbeitsgebiete ausgestellt. So z. B. das Ingenieur-Büro Professor Ludin, Berlin, die Baufirma Siemens-Bauunion, Berlin und Elektrizitätswerk A.-G. vorm. Lahmeyer & Cie., Frankfurt a. M., die als Generalunternehmung im Bau von Wasserkraftanlagen bahnbrechend gewirkt haben.

Deutschland und Genf

Die Studienkommission des Völkerbundsrats zur Prüfung der Frage der Ratssitze ist jetzt auf den 30. August einberufen. Die Einladung der Mitglieder durch das Völkerbundssekretariat ist hierauf erfogt. Eine solche Einladung ist auch in **Berlin** eingegangen. Die deutsche Regierung wird diesmal lediglich durch den deutschen Botschafter in Paris, **von Hösch**, vertreten werden, während Ministerialdirektor Gauß in Berlin bleibt.

Die „Voss. Ztg." bringt eine reichlich optimistisch gehaltene Meldung aus Genf. Dort werde die glatte und reibungslose Aufnahme Deutschlands für so sicher gehalten, daß man sie in dem provisorischen Programm für die Tagesordnung der ersten Sitzung bereits für Dienstag, den **7. September**, vormittags in Aussicht genommen habe. Man rechnet damit, daß der Rat, obwohl er die formelle Verleihung eines Ratssitzes an die deutsche Regierung erst nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschließen kann, im Laufe einer am 3. September beginnenden Tagung feststellen wird, daß keine Schwierigkeiten für die Bewilligung eines ständigen Ratssitzes an die deutsche Regierung vorhanden sind, da Brasilien an der Ratssitzung nicht teilnehmen wird, und der spanische Delegierte, wenn er anwesend sein sollte, für den deutschen Ratssitz stimmen oder sich der Stimme enthalten dürfte.

*

WTB. **London**, 20. Aug. (Tel.) Der Genfer Berichterstatter der „Morning Post" schreibt: Die Antwort des **Studienausschusses** auf die **spanische Forderung** nach einem ständigen Ratssitz wird eine **kategorische Ablehnung** sein, wonach Spanien sich zurückziehen oder ein Kompromiß annehmen müsse, da Berlin gegen jede Vermehrung der ständigen Ratssitze im gegenwärtigen Zeitpunkt sei. Die Anweisung der britischen Abordnung ist, wie es heißt: „zuerst Deutschland!"; aber sie ist einem ständigen Sitz für Spanien günstig, wenn Berlin dafür gewonnen werden kann.

„Times" berichtet aus **Paris**, es werde dort für wesentlich angesehen, daß eine Vereinbarung unter einigen der Hauptmächte bezüglich der Zusammensetzung des Völkerbundsrates vor der nächsten Tagung des Bundes in Genf erzielt werde. Die Fragen der spanischen und der polnischen Ansprüche auf ständige Sitze ständen noch aus, und ein Kompromiß werde gesucht. Es sei sehr wahrscheinlich, daß **die deutsche Regierung** vor der Genfer Zusammenkunft bezüglich der Haltung sondiert werden wird, die sie gegenüber einem solch vorgeschlagenen Kompromiß einnehmen würde, wenn einmal Deutschland selbst Mitglied des Völkerbundes mit einem ständigen Ratssitz geworden ist.

Der Kongreß der nationalen Minderheiten

Der zweite Minoritätenkongreß, offiziell „Kongreß der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas" genannt, der vom 25. bis 27. August in **Genf** stattfindet, begegnet einem stark wachsenden Interesse. Die diesjährigen Anmeldungen lassen eine Teilnehmerzahl von 80 bis 100 Vertretern von 16 nationalen Gruppen in 13 Staaten erwarten. Auf der Tagesordung stehen neben der Berichterstattung aus den einzelnen Gruppen folgende von einem Ausschuß vorbereitete Fragen: Sicherung der kulturellen Entwicklungsfreiheit, Regelung der Sprachenfrage, Sicherung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, Sicherung des Rechts auf die Staatsbürgerschaft, Gleichberechtigung im Wahlrecht und seiner Ausübung, Wege zur Regelung von Konflikten zwischen Regierung und nationalen Gruppen sowie Organisationsfragen.

Die Frage der französischen Truppen im Saargebiet. „Daily News" meldet: Eine der Fragen, die auf der kommenden Sitzung des **Völkerbundsrates** zur Entscheidung kommen werden, wird die Frage der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet sein. — Das Blatt schreibt: Der kanadische Präsident der Regierungskommission des Saargebietes ist der Ansicht, daß die französischen Truppen sehr wohl bis zur Grenze zurückgezogen werden könnten, von wo aus sie in der Lage wären, die Verbindungswege im ganzen Saargebiet zu sichern.

Die neuen Vorschläge der Hohenzollern. Wie der Reichsdienst der deutschen Presse erfährt, soll der Zweck der neuen Fühlungnahme des Vertreters des Hauses Hohenzollern mit der preußischen Regierung eine Intervention darüber sein, ob der Regierung die neuen Vorschläge grundsätzlich als Unterlage zu neuen Verhandlungen im Herbste geeignet erscheinen. Von beiden Seiten werde großer Wert darauf gelegt, unnötige Verzögerungen zu vermeiden, um die Frage der Abfindung nach der reichgesetzlichen Regelung sofort klären zu können.

Ein jugoslawisch-polnischer Freundschaftsvertrag. Aus **Belgrad** wird amtlich gemeldet: Um die zwischen der polnischen Republik und dem Königreich Jugoslavien bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu befestigen, haben sich die beiden Regierungen über den Wortlaut eines **Freundschaftspaktes** und **Schiedsvertrages** geeinigt, die im September in Genf unterzeichnet werden sollen. Durch diese Abkommen, die vollkommen auf den Grundsätzen des Völkerbundspaktes aufgebaut sind, wünschen die beiden Regierungen einen erneuten Beweis ihres freundschaftlichen Geistes zu geben. Im Zusammenhang mit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages wird ein Besuch des jugoslavischen Ministers des Äußern, **Nintschitsch** in Warschau vorgesehen.

Um die Luxemburgische Währung. Über die von Luxemburg geplanten Währungsmaßnahmen verlautet, daß diesem Lande bereits eine Währungsanleihe von mehreren Millionen Dollar zugesichert sei, mit der es zu einer Stabilisierung der Währung schreiten könne. Die offizielle Finanzkommission und die Handelskammer, welche die Währungsfrage eingehend geprüft haben, kamen zu dem Schlusse, daß Luxemburg eine speziell luxemburgische Währung schaffen sollte. Diese Frage werde jedoch erst dann endgültig gelöst werden, wenn sich der Kurs des belgischen Franken weiter verschlimmern sollte.

Zusammenstöße in Breslau. Am Donnerstag kam es in der 10. Abendstunde in der Klosterstracke zu **Breslau** zu schweren Zusammenstößen. Als die Polizei mehreren Personen festnehmen wollte, überfiel eine nach Hunderten zählende Menge die Schutzpolizei. Diese mußte von ihren Waffen Gebrauch machen. Darauf zerstreuten sich die Angreifer. Bald darauf gingen sie aber erneut zum Angriff über, der jedoch mit Hilfe herbeigeeilter Verstärkungen abgewehrt werden konnte. Es wurden 10 Personen verhaftet.

Maslow und Ruth Fischer aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Wie die Berliner „Rote Fahne" mitteilt, hat das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands **Maslow und Ruth Fischer** aus dem Kommunistischen Partei Deutschlands **ausgeschlossen**, weil sie auf eine Spaltung der Partei hingearbeitet hätten. Ruth Fischer wird aufgefordert, sofort ihr Reichstagsmandat niederzulegen. Das Zentralkomitee hat ferner den Reichstagsabgeordneten **Karl Tiedt** wegen ehrlosen, unproletarischen Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen und zur sofortigen Niederlegung seines Reichstagsmandats aufgefordert.

Deutscher Genossenschaftstag

Der Deutsche Genossenschaftstag in **Königsberg** brachte weiter ein Referat des Bankdirektors **Kleemann** von der Dresdener Bank über das Thema: **Die Bedeutung der Banken für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.**

Der Betrag der von den deutschen Banken verwalteten Gelder hat sich in den dem Weltkrieg vorangehenden Jahrzehnten jeweils ungefähr verdoppelt; sie stiegen in dem Jahrzehnt 1885/95 von 2,2 auf 3,9, von 1895/1905 von 3,9 auf 9,8 und von 1905/1915 auf 16,8 Milliarden Mark, d. h. sie haben sich in dieser Zeit insgesamt ungefähr verachtfacht, eine Entwicklung, die im großen ganzen dem Tempo der industriellen Entwicklung Deutschlands in diesen Jahrzehnten entsprach. Die gleiche Entwicklung haben dabei auch die Kreditgenossenschaften, ländliche wie städtische, durchgemacht, denen in den gleichen Jahrzehnten steigende Beträge an Einlagen zugeflossen sind, die sich Ende 1913 auf rund 5 Milliarden Mark beliefen.

Diese Entwicklung wurde bekanntlich durch die Inflation zerstört, so daß Ende 1923, als schon mehrere Wochen der Stabilisierung ins Land gegangen waren und eine gewisse Geldansammlung wieder stattgefunden hatte, die fremden Gelder bei sämtlichen deutschen Banken noch nicht 2 Milliarden Goldmark (gegen fast 10 Milliarden 1913/14) betrugen, wobei überdies ein erheblicher Teil dieser Gelder auf Währungskonten entfiel. Diese Einlagesumme von etwa 2 Milliarden entsprach ungefähr dem Stande vor 30 Jahren, während der volkswirtschaftliche Apparat Deutschlands sich seit jener Zeit verdreifacht oder vervierfacht hatte. Überraschend schnell ist es den deutschen Banken und Kreditgenossenschaften seither gelungen, sich das Fundament für ihre Tätigkeit wieder zu schaffen, wobei eine Kapitalbeschaffung durch Ausgabe von Aktien unter den gegebenen Verhältnissen zunächst ganz ausscheiden mußte.

Der Vortragende verbreitete sich sodann über den Aufbau des **Kreditgeschäfts** der Banken seit der Stabilisierung und stellte fest, daß der derzeitige Stand des privaten und des übrigen Bankgewerbes Gewähr dafür bietet, daß auch in der Zukunft die deutsche Volkswirtschaft in dem Bankgewerbe seine beste Stütze für einen weiteren Wiederaufbau und weitere Entwicklung finden wird.

In seinem Schlußvortrage: **Kreditversorgung des Mittelstandes** wies der Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Geheimer Finanzrat **Semper**, zunächst auf die großen Leistungen der Kreditgenossenschaften in der Stabilisierungsperiode hin. Wenn auch die Leistungen der Genossenschaften in der Vorkriegszeit zahlenmäßig naturgemäß weit größere gewesen wären, als heute, so müsse man doch bei Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse der Übergangszeit die Leistungen der Genossenschaften in der Stabilisierungsperiode, **wesentlich höher einschätzen als in der Vorkriegszeit.** Das bereitwillige Einspringen der genossenschaftlichen Kreditorganisationen nach Maßgabe des Möglichen habe weitesten Kreisen des Mittelstandes die Fortführung ihrer Wirtschaft nach der Stabilisierung der Währung überhaupt erst ermöglicht.

Das genossenschaftliche Kreditgeschäft unterscheide sich heute dadurch wesentlich von dem der Vorkriegszeit, daß die Kredite nicht mehr in erster Linie auf die durch die Inflation vernichteten Eigenmittel und Depositen aufgebaut werden könnten. Die Genossenschaften seien vielmehr in starkem Umfange heute angewiesen auf die Mittel, die ihnen durch ihre beiden Zentralgeldinstitute, die Preußische Zentralgenossenschaftskasse und die Dresdner Bank, zugeleitet werden könnten, wodurch in den Zeiten der größten Kreditnot allein die Aufrechterhaltung der genossenschaftlichen Organisationen ermöglicht worden sei. Selbstverständlich müßte es das Bestreben der Genossenschaften sein, ihre Eigenmittel zu erhöhen und weiterhin dafür zu sorgen, daß sie angesichts der starken Neubildung von Sparkapital innerhalb der deutschen Wirtschaft wieder Depositen in dem Umfange der Vorkriegszeit seitens der Bevölkerung anvertraut erhielten.

Eine der hauptsächlichsten Sorgen sei heute für die Genossenschaften die Frage der Auftauung der **festgefrorenen Personalkredite** durch Umwandlung in **Realkredit.** Dementsprechend verdienten alle Bestrebungen auf Erleichterung des Realkredits die nachdrücklichste Förderung auch von seiten der Genossenschaften. Dabei sei namentlich ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den kommunalen Sparkassen von größter Bedeutung.

Besonderer Aufmerksamkeit bedürfe neben der Frage des Umfanges der Krediteinräumungen die Frage der **Kreditbedingungen.** Die Genossenschaften seien gemeinnützige Einrichtungen, die nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse ihrer Genossen da seien. Diesem Gesichtspunkte müsse bei der Zinspolitik in stärkerem Umfange als bisher Rechnung getragen werden. Da eine stärkere Reservenbildung aus den jährlichen Reingewinnen unbedingt nötig sei, sei ein **Abbau der Zinsspanne** im wesentlichen abhängig von einer beträchtlichen Verminderung der Geschäftsunkosten, was durch stärkere Rationalisierung der Einzelbetriebe und durch straffere Zentralisation innerhalb des Genossenschaftswesens erreicht werden könne.

Der Reichspräsident ist Donnerstag nachmittag wieder in Berlin eingetroffen. Auch dieses Jahr wird sich der Reichspräsident wieder nach **Dietramszell** (Oberbayern) zu einem längeren Sommeraufenthalt begeben.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des **18. August** berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 11. August um 0,6 v. H. auf 126,7 **gestiegen.** Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 1,0 v. H. auf 128,6 angezogen, während die Indexziffern der Industriestoffe mit 123,2 unverändert blieben.

Die Jung-Demokraten für die Republikanische Union. Der Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugend und der Jungdemokratische Verband Berlin-Brandenburg haben eine Entschließung gefaßt, in der die von Dr. **Wirth** erstrebte Arbeitsgemeinschaft aller republikanisch und demokratisch gesinnten Teile des deutschen Volkes begrüßt wird.

Der frühere Kaiser Wilhelm erkrankt. Einer Londoner Meldung zufolge soll, wie die „Voss. Ztg." berichtet, Exkaiser Wilhelm II. sehr **schwer an Grippe erkrankt** sein. Am Donnerstag besuchte ihn der holländische Minister des Innern, der sich, falls der Zustand des Patienten eine Überführung überhaupt ermöglicht, dafür ins Mittel legen will, daß dem früheren Kaiser die Reise in ein **milderes Klima** gestattet wird.

Vollendung der Bagdadbahn? Einer Meldung aus **Bagdad** zufolge wird eine Kommission französischer und englischer Ingenieure in Kürze mit der türkischen Regierung wegen des Baus und der technischen Durchführung der auf türkischem Gebiet liegenden Linien der **Bagdadbahn** in Verbindung treten. Es handelt sich hierbei um die Strecke von **Aleppo bis Nisibin**; ein Teil dieser Route liegt auf türkischem, der andere auf syrischem Gebiet. Die Aufnahme des Betriebes auf dieser Strecke erweist sich mehr und mehr als ein dringendes Bedürfnis, da sie nach Mossul und Shergat weitergeführt und von dort aus Bagdad erreicht werden kann. Auf diese Weise würde die **Verbindung Bagdad-Europa** nunmehr zur Tatsache werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Der demokratische Friedenskongreß

Am Mittwoch fand in Boissy-la-Rivière im Freilichttheater eine **Vollversammlung** der Teilnehmer am internationalen demokratischen Friedenskongreß statt.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, Arthur **Fontaine**, erklärte, es gebe keinen Unterschied mehr zwischen ehemaligen Verbündeten und ehemaligen Feinden. Wir sind nur ein einiges Volk des Friedens. Der frühere italienische Ministerpräsident **Nitti**, der hierauf das Wort ergriff, bekannte sich als entschiedener Anhänger des Friedensgedankens und erklärte, man müsse auf die Demokratie vertrauen, daß sie der Welt den Frieden sichern werde, der mit Freiheit unzertrennlich verbunden sei. Dann sprach der französische General **Feraux**. Er wandte sich scharf gegen den Krieg und den Kriegsgeist.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete **Bergsträßer** erklärte in einer Ansprache, das sicherste Mittel, die bei allen Völkern hervortretende aktivistische Tendenz zu unterstützen, sei die Forderung der Achtung, die die Nationen voreinander haben müßten. Er betonte, daß die Völker, die während des Krieges und nach dem Kriege alle gleichermaßen gelitten hätten, sich bemüht haben, die zwischen ihnen errichtete Mauer des Hasses niederzureißen; aber man müsse sich auch hüten, nach der Niederreißung der ersten Mauer eine zweite durch Zollschranken aufzurichten. Nur durch den Freihandel könnten die Völker zum wirtschaftlichen und technischen Fortschritt der Welt beitragen. Der Redner erklärte, man wisse wohl, daß die Verwirklichung der Idee des europäischen Friedens in erster Linie von den **deutsch-französischen** Beziehungen abhänge. Die friedliche Invasion von Bierville habe vielen Deutschen bewiesen, daß die Idee des Friedens auf beiden Seiten Fortschritte mache. Schließlich gab Bergsträßer der Hoffnung Ausdruck, daß gerade um der Sache des Friedens willens der Frage der **Besetzung deutschen Gebietes** bald soweit wie möglich die Schärfe genommen werde.

Das kommende Reichsschulgesetz

Wie gemeldet, hat Reichsminister des Innern Dr. **Külz** einen internen Vorentwurf für ein Reichsschulgesetz fertiggestellt. Der „Frankf. Ztg." zufolge beschränkt sich der Entwurf darauf, nur gewisse grundsätzliche **Richtlinien** aufzustellen, die den Ländern und vor allem auch den Gemeinden bei der Regelung des Schulwesens als Grundlage dienen sollen. Praktisch würde sich dies offenbar darin zeigen, daß unter Anerkennung der **Gemeinschaftsschule** als des von der Verfassung gewollten **normalen Schultyps** die Entscheidung über die Errichtung von Gemeinschafts- oder Bekenntnisschulen den Ländern und den Gemeinden überantwortet würde. Voraussichtlich wird Dr. Külz die Parteiführer und die Schulspezialisten der einzelnen Fraktionen Anfang September mit dem Inhalt seines Entwurfes bekannt machen. Dieser würde dann, sofern die Fraktionen keine entscheidenden Einwendungen erheben, frühestens Ende September dem Kabinett zugeleitet werden können.

Das Volksbegehren des Sparerbundes abgelehnt

Der **Reichsminister des Innern** hat auf Beschluß der Reichsregierung den von dem Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. **Best**, Mitglied des Reichstages, als Vertrauensmann des Sparerbundes und des Hypothekengläubigerverbandes gestellten Antrag auf **Zulassung eines Volksbegehrens** zugunsten eines Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen und die Umwertung von Hypotheken und anderer Ansprüche mit dem Kennwort „Sparerbund Dr. Best" **abgelehnt**.

Der Beschluß wird damit **begründet**, daß der Gesetzentwurf die Bestimmung enhält, durch die für die Altbesitzer von Markanleihen des Reiches der Ablösungssatz von 12½ auf 50 v. H. des Nennwertes erhöht wird. Eine solche Aufwertung würde von stärkster und unmittelbarster finanzieller **Auswirkung auf die haushaltsplanmäßig festzustellenden Ausgaben** des Reiches für die Verzinsung und Tilgung der Anleiheschuld des Reiches sein. Einzelne Aufwertungsberechtigte würden einen klagbaren Rechtsanspruch gegen das Reich auf Zahlung der Aufwertungsquote erwerben. Das Reich würde daher verpflichtet sein, den Betrag in den Haushaltsplan neu einzustellen, der sich ergibt aus der Erhöhung der Anleiheablösungsschuld gegenüber den Verpflichtungen, die nach den jetzt geltenden Vorschriften bestehen. Das Gesetz würde demnach einen unmittelbaren Einfluß auf den Gesamtbestand des Haushaltsplanes ausüben und zwar wegen der Höhe der in Betracht kommenden Beträge in einer Weise, die **den Haushaltsplan tatsächlich umstoßen würde**. Der eingereichte Gesetzentwurf ist hiernach als über den Haushaltsplan im Sinne des Art. 73, Abs. 4 der Reichsverfassung anzusehen, über den nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann, so daß ein Volksbegehren über diese Materie als **unzulässig** abzuweisen war.

Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen

setzte am Donnerstag seine Beratungen über die Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau fort. Die Hauptschwierigkeiten der ganzen Frage liegen in der **Finanzierung** des Wohnungsneubaues. Die Vertreter der Reichs- und Länderregierungen und die Ausschußmitglieder waren der Auffassung, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden müßten. Verhandlungen mit den Ländern sind noch im Gange, und es steht zu erwarten, daß sie soweit das zusätzliche Bauprogramm für dieses Jahr in Frage kommt, in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Bedauert wurde allgemein, daß es nicht möglich war, diese Frage früher zum Abschluß zu bringen. Folgende **Resolution** wurde nach längerer Aussprache angenommen.

„Der Ausschuß erklärt sich einverstanden, daß die Frage der Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau und zusätzliches Bauprogramm stark gefördert wird. Er erwartet, daß die Reichsregierung mit allen Mitteln auf die Länder einwirkt, daß der Instanzenweg bei der Vergebung der vom Reich bereitgestellten Mittel vereinfacht wird, um die beschleunigte Durchführung des Programms zu sichern."

Verurteilung wegen Beschimpfung der Reichsfarben. Nach einer Meldung des „Vorwärts" aus **Kassel** wurde der Bahnhofsaufseher **Baack** aus Philippstal an der Werra wegen Beschimpfung der Reichfarben vom Schöffengericht in Kassel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

50 000 Kraftwagen in Berlin. Im Verkehrsamt Charlottenburg wurde den Blättern zufolge am Donnerstag das 50 000. Kraftfahrzeug abgenommen. Vor dem Kriege gab es in Berlin rund 10 000 Kraftwagen, so daß sich also die Zahl der Automobile bis heute verfünffacht hat.

Die Magdeburger Affäre. Nach einer amtlichen Meldung aus Magdeburg ist die **Untersuchung** in der Mordsache Helling **abgeschlossen**, nachdem Schröder ein volles Geständnis abgelegt hat. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Spanien verlangt Tanger. Spanien verlangt jetzt, durch den spanisch-italienischen Bündnisvertrag gestärkt, die Einverleibung des unter internationaler Verwaltung stehenden **Tanger**, der wichtigsten Hauptstadt Marokkos. In Frankreich behauptet man, daß das spanisch-italienische Bündnis und das spanische Verlangen auch mit auf englische Intriguen zurückzuführen sei.

Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Donnerstag nachmittag fanden in **Essen** die Lohnverhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden statt. Es konnte **keine Einigung** erzielt werden, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten. Es ist anzunehmen, daß die Verbände den Schlichter anrufen werden. Die Verhandlungen werden freilich dadurch eine Verzögerung erfahren, daß der Reichs- und Staatskommissar **Mehlich** bei dem Eisenbahnunglück des Berlin-Kölner D-Zuges bei Braunschweig ums Leben gekommen ist.

Die Forderungen der Bergarbeiterverbände gingen diesmal nicht wie früher darauf hinaus, eine bestimmte prozentuale Aufbesserung zu verlangen, sondern sie forderten vielmehr eine **allgemeine Lohnerhöhung** um 80 Pfennig für alle Lohnstufen. Für die Hauer würde das einer Lohnerhöhung um etwa 9 Prozent gleichkommen, für die übrigen Gruppen einer Erhöhung bis zu 15 Prozent. Ferner wurde der Wegfall der Randzechenklausel beantragt, nach der in den Gebieten der Randzechen die Tarifsätze bisher um 3 oder 6 oder 9 Prozent unterschritten werden durften. Der Zechenverband erhob demgegenüber die Forderung auf Vergrößerung des Kreises der Randzechen. Ferner brachte er auch die schon seit langem erhobene Forderung wieder vor, die Spannungslöhne zu vergrößern, das heißt also den Prozentsatz, um den die Tariflöhne mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Zechen unterschritten werden können.

Keine Einigung im englischen Kohlenstreik

Der erste Versuch der Bergarbeiter und Unternehmer, eine Basis für den Friedensschluß zu finden, ist fehlgeschlagen. Nach einer anderthalbstündigen Konferenz der beiden Parteien wurden, wie aus **London** gemeldet wird, die Verhandlungen **ergebnislos abgebrochen**. Die Zechenbesitzer hielten an ihren Bedingungen, welche sie bei Beginn des Streiks stellten, fest und wollen nur auf der Basis des Achtstundentags für distriktweise Lohnabkommen und die Herabsetzung der Löhne verhandeln. Darnach bestehen die Grubenbesitzer unbedingt auf den extremsten ihrer Forderungen, die sie jemals aufstellten, während die Wünsche der Bergarbeiter auf den Vorschlägen der Kohlenkommission basieren. Möglicherweise steht eine Intervention der Regierung in Aussicht. Sowohl in Kreisen der Industrie wie auch in der weiteren Öffentlichkeit befürwortet man ein Kompromiß.

Der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, **Cook**, teilte mit, daß die Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft heute Freitag zusammentreten wird, um die gegenwärtige Lage zu prüfen. Weitere Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern seien unmöglich, da diese sich weigerten, über eine Regelung der Streikfragen für ganz England zu verhandeln. Die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften haben beschlossen, einen Aufruf an alle Arbeiter zu erlassen, ihre Anstrengungen zur Unterstützung der Bergarbeiter zu verdoppeln. Ebenso wurde beschlossen, die Internationale Gewerkschaftskommission aufzufordern, einen Feldzug für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter unter den Gewerkschaften des Kontinents zu organisieren. Vertreter der Bergarbeiter und des Generalrats werden den Kontinent besuchen, um den Aufruf zu unterstützen.

Das britische Arbeitsministerium schätzt in einer Veröffentlichung, daß bis Ende Juli durch den Streik von durchschnittlich einer Million fünfzigtausend Bergarbeitern insgesamt **sechsundsechzig Millionen Arbeitstage** verloren gingen. Der Generalstreik verursachte durch den Streik von zwei Millionen sechshundert Arbeitern, inklusive Bergleuten, einen Verlust von **fünfzehn Millionen Arbeitstagen**. Die versicherte Arbeiterschaft Englands beträgt nahezu zwölf Millionen.

*

WTB. **London**, 20. Aug. (Tel.) Die Bergwerksgesellschaft von **Bolsover** verhandelte mit den Bergarbeitervertretern über die Bedingungen, unter denen sie bereit wäre, fünf große Gruben wieder zu öffnen. Die Gesellschaft bot den 7½-stündigen Arbeitstag mit den Vorstreiklöhnen an, den die Versammlung annahm. Auf diesen Gruben sind normalerweise 12—14 000 Arbeiter beschäftigt. — In Nottingham und Derby beschlossen die Grubenbesitzer, die Gruben in den beiden Grafschaften unter denselben Bedingungen zu öffnen.

Badischer Teil

Die Beisetzung Eugen von Jagemanns

In **Heidelberg** fand am Mittwoch die Beerdigung des früheren badischen Gesandten in Berlin und ordentlichen Honorarprofessors an der Heidelberger Universität Eugen **von Jagemann** statt. Neben Vertretern der Stadt und der Universität wohnten ihr u. a. — wie die „N. Bad. Landesztg." berichtet — bei Landeskommissär **Hebting** als Vertreter der badischen Regierung, Präsident **von Engelberg** als Vertreter des ehemaligen badischen Großherzogs und Hofmarschall **von Brandis** für die Großherzogin von Luxemburg.

Geheimrat **Anschütz** sprach im Namen der Universität und der juristischen Fakultät und hob die wissenschaftliche Bedeutung Jagemanns auf Grund seiner praktischen Erfahrung und die großen menschlichen Eigenschaften des Verstorbenen hervor. Oberbürgermeister Dr. **Walz** sprach im Namen der Stadt, vor allem in dankbarer Erinnerung an die Verdienste Jagemanns für das Rote Kreuz in Heidelberg während des Krieges; für dieses selbst sprach Exzellenz **Seubert**. Sämtliche Ansprachen schlossen mit Kranzniederlegungen.

Weiterhin sprachen und legten Kränze nieder ein Vertreter des Deutschen Offiziersbundes, ein Vertreter des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten, für den der Verstorbene einen großen Teil seiner Lebenszeit widmete, ferner Vertreter der Heidelberger freiwilligen Sanitätskolonne, des Militärvereins, des Offiziersvereins vom ehemaligen Dragonerregiment Prinz Karl, von der Mannheimer Versicherungsgesellschaft und von den Pfälzischen Mühlenwerken, deren Aufsichtsräten der Verstorbene angehörte. Als der Sarg in die Gruft gesenkt wurde, gab der Militärverein eine Ehrensalve ab.

Aus der evangelischen Landeskirche

Die vier kirchenpolitischen Gruppen der evanglischen Landeskirche in Baden haben unter Zustimmung der Volkskirchlichen Vereinigung in Mannheim folgendes **Abkommen** für das ganze Land getroffen: Die kirchenpolitischen Gruppen der evangelischen Landeskirche halten im Hinblick auf den Verlauf der Landessynodalwahlen es für erwünscht, daß die **Gemeindewahlen** auf dem Wege der **Einheitslisten** (KGWO. § 22) umgangen und dadurch weitere schwere Erschütterungen des Gemeindelebens vermieden werden.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Landessynode und der Kirchenregierung wird vereinbart, den Gruppenvertretungen in der Kirchenregierung und in der Landessynode eine Beschlußfassung in folgendem Sinn zu empfehlen:

Es möchten ernannt werden: 3 Synodale zur kirchlich-positiven Gruppe, 2 Synodale zur kirchlich-liberalen Gruppe, 1 Synodaler zur Gruppe des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten.

In der Kirchenregierung sollen vertreten sein die kirchlich-positive Gruppe mit 3 synodalen Mitgliedern, die kirchlich-liberale Gruppe mit 2 synodalen Mitgliedern, der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten mit 1 synodalen Mitglied.

Bei Neubesetzung von Pfarrstellen in Gemeinden mit mehreren Pfarreien soll den Bedürfnissen der vorhandenen Gruppen (im Sinne ds § 61, Abs. 2 der Kirchenverfassung) Rechnung getragen werden.

Dadurch scheidet der Vertreter der landeskirchlichen Vereinigung demnächst aus der Kirchenregierung zugunsten der weit stärkeren Gruppe der evangelischen Sozialisten aus.

Diese Vereinbarungen werden von der Leitung der einzelnen Gruppen ihren Unterorganisationen alsbald mitgeteilt mit der Aufforderung, in Verhandlungen über die Aufstellung von Einheitslisten für die Gemeindewahlen sofort überall einzutreten.

Zur Lohnbewegung in der Schmuckwarenindustrie

DZ. **Pforzheim**, 19. Aug. Der Arbeitgeberverband hatte vor den Verhandlungen über den Tarifvertrag für die Schmuckwarenindustrie auch das Lohnabkommen gekündigt und den Gewerkschaftsleitungen den Vorschlag gemacht, die Löhne abzubauen. Die Gewerkschaften schlugen dagegen eine Erhöhung der Mindestlohnsätze in der Spitze von 69 auf 75 Pfennige vor. Hierüber fanden nun gestern Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß der Arbeitgeberverband die Kündigung des Lohnabkommens zurücknahm, worauf auch die Gewerkschaften ihre Forderung zurückzogen. Es bleibt also das **seitherige Lohnabkommen weiter bestehen.**

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß in Neulußheim (bei Heidelberg) hat in seiner letzten Sitzung den Voranschlag, der für das Rechnungsjahr 1926/27 eine Umlage von 1,20 RM. vorsieht, mit 22 gegen 18 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

Aus der Landeshauptstadt

Bundestagung des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich

Zum ersten Male hält heuer der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, die große Organisation der aus Elsaß-Lothringen verdrängten Deutschen, seinen Bundestag im Westen, in Baden, und zwar in **Karlsruhe** ab in der Zeit vom 10.—12. September.

Die große Mehrheit der rund 150 000 zählenden verdrängten Familien hat naturgemäß in der Nähe der früheren Heimat, in Baden und anstoßenden Gebieten Unterkunft gefunden und zum Teil schon wieder festen Fuß gefaßt in den Ländern, denen sie selbst oder ihre Eltern entstammten. Zum Teil haben sie, da noch nicht wieder wirtschaftlich selbständig, bei ihren Verwandten oder in deren Nachbarschaft Unterkunft gefunden. Baden ist daher an dem Schicksal dieser Verdrängten ganz besonders tiefgreifend interessiert. Eine große Zahl von Ortsgruppen der Vertriebenen besteht im Lande, zum Teil mit vielen Hunderten von Mitgliedern; aber selbst in den kleinsten Ortschaften finden sich vielfach Vertriebene oder deren Angehörge in beträchtlicher Anzahl. Bereits jetzt liegen von den vielen Ortsgruppen Hunderte von Anmeldungen vor, und diese Zahl wird sich im Laufe der nächsten Wochen noch ganz bedeutend steigern. Neben dem gesamten Bundesvorstand und den Delegierten aus allen Ortsgruppen des Reiches werden auch Vertreter der Reichsregierung, der Staatsregierung, der Kommunalbehörden usw. teilnehmen. Das demnächst zur Veröffentlichung fertige Programm sieht neben den geschäftlichen Beratungen eine Reihe künstlerischer, wissenschaftlicher und geselliger Unterhaltungen vor, die der ganzen Veranstaltung eigenartiges Gepräge und heimatlichen Charakter aufdrücken werden.

Ehrung. Anläßlich der Wiederkehr des Todestages der Witwe des Großkaufmanns Riempp, Margarete Sybille geb. Menges, die in hochherziger Weise die Stadt Karlsruhe nach Abzug einer Anzahl von Vermächtnissen zur Universalerbin ihres Vermögens eingesetzt hat, hat die Stadtverwaltung die Ruhestätte der Verstorbenen mit einem Kranze schmücken lassen.

Neue internationale Automobil-Erkennungszeichen. In der Frage der internationalen Erkennungszeichen sind soeben einige Neuerungen eingetreten. Das internationale Erkennungszeichen ist auf einem ovalen Schild von 30 Zentimeter Breite und 18 Zentimeter Höhe, in das der Buchstabe des betreffenden Landes gesetzt wird, zu führen. Nach den neuen Abmachungen stellt sich die Liste der internationalen Erkennungszeichen für die wichtigsten Länder wie folgt: D Deutschland, USA Amerika, A Österreich, B Belgien, RB Brasilien, GB Großbritannien und Nordirland, BG Bulgarien, RC China, DK Dänemark, DA Danzig, E Spanien, EW Estland, SF Finnland, F Frankreich, GR Griechenland, H Ungarn, I Italien, LR Lettland, L Luxemburg, N Norwegen, NL Holland, PL Polen, SA Saargebiet, SHS Jugoslavien, S Schweden, CH Schweiz, CS Tschechoslowakei, SU Sowjetrußland.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden war es gestern meist heiter, nur in Nordbaden fiel Regen in nicht meßbarer Menge. Die Temperaturen waren normal. Vom Azoren-Hoch schnürt sich ein Ausläufer ab und verlagert sich nach dem mitteleuropäischen Kontinent. Unter dem Einfluß dieses Teilhochs ist auch morgen bei uns meist heiteres, trockenes und warmes Wetter zu erwarten. **Prognose:** Meist heiter, trocken und warm.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg**, 18. Aug. Der Direktor der Frankenthaler Zuckerfabrik, Wilhelm **Klumpp**, ist am Sonntag in Heidelberg im Alter von 57 Jahren **gestorben**. Er hatte sich im hiesigen Akademischen Krankenhaus einer Operation unterziehen müssen, die anfangs gut verlaufen war, später aber den Tod zur Folge hatte.

DZ. **Heidelberg**, 19. Aug. Zum Tode des vor einigen Tagen hier verstorbenen Geh. Rats Prof. Dr. v. **Jagemann**, der gestern nachmittag im Bergfriedhof beigesetzt wurde, gingen u. a. **Beileidstelegramme** bei der Familie von Jagemann vom badischen Staatspräsidenten, vom früheren Großherzog Friedrich von Baden und von der Großherzogin von Luxemburg ein.

DZ. **Heidelberg**, 19. Aug. Die hiesige **Universität** zählte im letzten Sommersemester 2614 Studierende, darunter 431 Studentinnen, also etwa ein Fünftel. Dazu kamen noch 261 Hörer, wovon 83 weiblichen Geschlechts sind.

DZ. **Durlach**, 20. Aug. Es ist nunmehr gelungen, den Täter, der seit etwa einem Jahr in Durlach fortgesetzt **Einbruchdiebstähle** in öffentliche Gebäude, Läden usw. zur Nachtzeit verübte, in der Person eines 18jährigen ledigen Mechanikers von hier zu ermitteln. Er wurde ins Bezirksgefängnis Karlsruhe eingeliefert.

DZ. **Istein**, 18. Aug. Gestern abend sprang bei der Station **Istein** aus dem Schnellzug, der um 8 Uhr abends in Basel abfährt, ein **irrsinniger Norweger**. Er sollte von einem schweizer Detektiv in seine Heimat gebracht werden; beide

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

kamen aus Zürich. Als der Schaffner die Fahrkarten kontrollierte, benutzte der Irrsinnige den Augenblick zur Flucht. Er sprang aus dem Coupefenster des fahrenden Zuges. Im letzten Moment packte ihn der Detektiv am Rock, um ihn zurückzuhalten, doch vergebens. Der Irre hob die Arme, so daß er aus dem Rock schlüpfen konnte und zu Boden fiel. Die Suche nach dem Entsprungenen wurde sofort aufgenommen, doch bis jetzt hat man den Mann, der Kunstmaler von Beruf und 33 Jahre alt ist, noch nicht wieder gefunden.

WTB. **Stuttgart**, 18. Aug. Die gestern in verschiedenen Teilen des Landes, namentlich im Neckartal, niedergegangenen **Gewitter**, haben erheblichen Schaden angerichtet. Mehrfach wurden durch Blitzschläge landwirtschaftl. Anwesen in Brand gesetzt, in denen bereits die Ernte geborgen war.

WTB. **Stuttgart**, 19. Aug. Der Taglöhner Eduard **Schroff** aus Traunstein ist vom Schwurgericht **Ulm** wegen Ermordung seiner Schwiegermutter **zum Tode verurteilt** worden. Der Staatspräsident hat von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht. Die Vollstreckung des Urteils findet am Samstag vormittag statt.

WTB. **Straßburg i. E.**, 18. Aug. Gestern nachmittag wurde das **Unter- und Oberelsaß** von **schweren Gewittern** heimgesucht. In Straßburg schlug der Blitz in den Münsterturm ein, ohne jedoch zu zünden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. August		19. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.19	168.61	168.25	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	111.49	111.77	111.51	111.79
Italien . 100 L.	13.77	13.81	13.82	13.86
London . . 1 Pfd.	20.384	20.436	20.385	20.437
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	11.90	11.94	12.04	12.08
Schweiz . 100 Fr.	81.02	81.22	81.03	81,23
Wien 100 Schilling	59.27	59.41	59.26	59.40
Prag . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.42	12.46

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 17. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 9¾ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7214 pence.

Einführung von 800 Millionen M. neuer Aktien des Stahlvereins. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. teilen mit, daß die 800 Millionen M. Aktien am 23. Aug. in Berlin zum Handel an der Börse zugelassen werden. Die Notierung dieser Aktien an der Berliner Börse geschieht zunächst nur zum Einheitskurs. Der Einführungskurs dürfte um 130 % herum liegen. Die Zulassung zum variablen Handel wird nicht lange auf sich warten lassen.

Verschiedenes

Das Eisenbahnunglück bei Lehrte

Das D-Zug-Unglück auf der Strecke Braunschweig—Hannover hat 21 **Todesopfer** gefordert. Seine Ursache ist ein **verbrecherischer Anschlag.** In einem Schienenstoß waren die **beiden** Laschen gelöst. Die Laschenbolzen lagen nebeneinander auf den Stoßschwellen. Die dazu gehörigen Muttern lagen auf der Schwelle zwischen den Schienen. Etwa 10 m neben dem Bahndamm wurden in dem Wäldchen 3 Schraubenschlüssel und ein Hemmschuh gefunden. Die örtliche Bahnmeisterei und die Bahnarbeiter erklärten, daß diese Werkzeuge nicht zu den ihrigen gehören. Die Belohnung auf die Ergreifung der Täter wurde auf 25 000 Mk. festgesetzt. Blättermeldungen zufolge soll die Spur der Täter nach Gardelegen führen. Es sollen bereits Verhaftungen vorgenommen worden sein. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich um einen Racheakt eines entlassenen Eisenbahnbeamten handelt. Wie die „Germania" mitteilt, weilte der bei der Katastrophe tötlich verunglückte Reichs- u. Staatskommissar **Mehlich** am Mittwoch in Berlin und hatte eine längere Unterredung mit dem preußischen Minister der Innern, der ihn am Abend zu dem Unglückszug begleitete.

Der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. **Dorpmüller**, der bereits Donnerstag mittag an der Unfallstelle die Untersuchungen geleitet hat, erklärte Pressevertretern, daß untrügliche Anzeichen dafür vorliegen, daß verbrecherische Hände die Katastrophe herbeigeführt haben. Die Unglücksstelle liegt an einer schnurgeraden Linie. Der Oberbau auf der Strecke Berlin—Köln ist der beste in ganz Deutschland, denn es handelt sich um die am meisten befahrene Strecke. Man vermutet, daß mindestens zwei, vielleicht auch mehrere Täter in Frage kommen. Die ganze Zerstörungsarbeit hat von 2 Personen in noch nicht einmal 15 Minuten geleistet werden können. In der Zeit von 1—2 Uhr nachts passieren vier D-Züge im Abstand von 15 Minuten die Unfallstelle. Möglicherweise haben die Täter schon eine Stunde vorher die Schrauben gelockert und ein glücklicher Zufall hat die ersten 3 Züge noch über die beschädigte Stelle kommen lassen, während beim vierten die Katastrophe hereingebrochen ist. Die Nachtpatrouillen zur Bewachung der Strecke sind schon vor Beginn der Personalverminderung abgeschafft worden, da sich ihre Zwecklosigkeit erwiesen hat.

Staatsanzeiger

Lotterie des bayerischen Landesverbands zur Bekämpfung der Tuberkulose in München.

Dem Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose e. V. in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 13. August 1926.

Der Minister des Innern
J. V.: Leers.

Lotterie des katholischen Fürsorgevereins in Baden.

Dem katholischen Fürsorgeverein in Baden wird die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geld-Lotterie erteilt.

Karlsruhe, den 17. August 1926.

Der Minister des Innern
J. V.: Leers.

Dem hessischen Diakonieverein Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 18. August 1926.

Der Minister des Innern.
J. V.: Leers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmerieoberwachtmeister der Gendarmeriewachtmeister Christian **Dümmig** in Liptingen, Amt Stockach.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Gestorben:

Professor Dr. Julius **Stöckle** am Bertholdgymnasium Freiburg, am 9. August 1926.

Straßensperre.

Zwecks Herstellung neuer Walzdecken wird der Verkehr mit Fuhrwerken aller Art auf nachstehenden Straßenstrecken für die Dauer der Arbeitsausführung, die voraussichtlich in die beigesetzte Zeit fällt, gesperrt: H.400

1. Kreisweg Nr. 3, Spöck—Neuthard, bei Spöck, vom 27. bis 30. August.
Umgehungsweg: Spöck—Büchenau—Neuthard und umgekehrt.
2. Kreisweg Nr. 54, Hochstetten—Station Hochstetten, in Hochstetten vom 31. August bis 2. September.
Umgehungsweg: Hochstetten—Linkenheim—Station Hochstetten.
3. Kreisstraße Nr. 11, Linkenheim—Rußheim, km 2.500 bis 4.000, d. i. von Hochstetten gegen Liedolsheim, vom 3 bis 13. September.
Umgehungsweg: Hochstetten—Graben—Liedolsheim und umgekehrt.
4. Kreisweg Nr. 1, Graben—Rußheim, zwischen beiden Orten, vom 14. bis 16. September.
Umgehungsweg: Graben—Liedolsheim—Rußheim und umgekehrt.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 366 Ziffer 10 R.Str.G.B. mit Geld bis zu 60 RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 18. August 1926. O.-Z. 173.

Bad. Bezirksamt. — Abt. II a. —

Bekanntmachung.

Von den zuständigen Stellen ist für die Dauer der Pferderennen in Iffezheim vom 20.—29. 8. 1926 u. a. angeordnet worden: H.410

1. Das Befahren der Straße Baden—Oos—Iffezheim mit Kraftwagen und Krafrädern ist an den obengenannten Tagen in der Zeit von 1 bis 3 und 5 bis 7 Uhr nachmittags verboten.
2. Während dieser Zeit haben die nach dem Rennplatz fahrenden Kraftfahrzeuge ihren Weg durch die Lange Straße, Fürstenberg Allee, Sinzheimer Straße über Kartung und Hügelsheim nach Iffezheim zu nehmen.
3. Für die Hinfahrt zum Rennplatz wird demnach die Straße Baden—Oos—Iffezheim jeweils nur während der Zeit von 3 bis 5 Uhr nachmittags für Kraftfahrzeuge freigegeben.
4. Auf der Rückfahrt vom Rennplatz müssen alle Kraftfahrzeuge über Kartung fahren.

Das staatliche Forstamt Baden hat die Erlaubnis erteilt, daß Kraftfahrzeuge an den Renntagen jeweils von 1 bis 8 Uhr nachmittags die über das Kellersbild und Favorite nach Iffezheim führenden, für Kraftfahrzeuge teilweise gesperrten Straßen befahren dürfen. Es ist untersagt, daß sich Kraftfahrzeuge auf den Wegen nach Iffezheim über Kartung und über Oos bei der Hin- und Rückfahrt überholen.

5. An den Renntagen dürfen während der Dauer des Wagenverkehrs nach und von dem Rennplatze, d. h. von 1 bis 3 und 5 bis 7 Uhr nachmittags, Lastfuhrwerke jeglicher Art die Landstraße Baden—Iffezheim nicht befahren.

Karlsruhe, den 20. Aug. 1926. O.-Z. 176,

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion C. —

Vereinsregister.

Ettlingen. H.394
Zum Vereinsregister wurde unter O.-Z. 36 eingetragen: **Verein der Metzgerleute Ettlingen e. V.** in Ettlingen.
Ettlingen, 13. Aug. 1926.
Amtsgericht.

Mannheim. H.409
Zum Vereinsregister Band X O.-Z. 84 wurde heute eingetragen: **„Gemeinschafts - Vereinigung Süd-West-Deutschland"** innerhalb der Landeskirche in Mannheim.
Mannheim, 17. Aug. 1926.
Amtsgericht. F. G. 4.

Sinsheim. H.360
Vereinsregister Band I O.-Z. 21: **Fleckviehzuchtgenossenschaft Sinsheim** in Sinsheim. 6. Aug. 1926.
Bad. Amtsgericht.

Städtische Sparkasse Pforzheim.

Bekanntmachung.

Auf Grund der ersten badischen Verordnung zur Durchführung **der Aufwertung von Sparguthaben.**

Spätestens bis zum 1. Oktober 1926 (Ausschlußfrist) sind folgende Sparguthaben bei unserer Kasse zur Aufwertung anzumelden: F.629

1. Sparguthaben, welche bereits **vor** dem 15. Juni 1922 ausbezahlt wurden, sofern bei der Auszahlung ein **gültiger Vorbehalt** gemacht wurde,
2. Sparguthaben, welche im Falle der **Überweisung** von einer andern Sparkasse an die hiesige mit **dem Goldmarkbetrag** zur Zeit der Anlage bei der ersten Sparkasse Berücksichtigung finden sollen. Hierunter fallen auch Überweisungen die nach dem 5. 6. 22 erfolgt sind. Hierdurch ist unsere Bekanntmachung vom 12. 7. 26 berichtigt.

In allen anderen Fällen ist eine Anmeldung nicht erforderlich.

Pforzheim, den 18. August 1926.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

H.401. **Baden.** Über das Vermög. des Kaufmanns **Otto Karl Klink** in Baden, Lichtentalerstraße 16, wurde heute, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Otto Bauer in Baden. Anmeldefrist bis **20. Oktober 1926** beim Gericht; offener Arrest und Anzeigefrist bis **24. September 1926**; erste Gläubigerversammlung: **Freitag, den 29. Oktober 1926, vormittags 10 Uhr,** vor dem Amtsgericht, hier, Zimmer 24 und allgem. Prüfungstermin: **Freitag, den 19. November 1926, vormittags 10 Uhr,** daselbst.
Baden, 14. Aug. 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

H.402. **Bruchsal.** Nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs wird das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Max Sulzberger** in Bruchsal aufgehoben.
Bruchsal, 14. Aug. 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

H.403. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Theodor Mayer** in Karlsruhe, Degenfeldstr. 13, (Vertrieb elektrotechnischer Bedarfsartikel) wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.
Karlsruhe, 16. Aug. 1926.
Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts A. 4.

Versch. Bekanntmachungen

Forstamt Wendlingen in Freiburg, Fuchsstraße 18, verkauft **freihändig** mit Einreichungsfrist der Angebote bis **Donnerstag, 31. 8. 1926, abends 6 Uhr,** aus **Domänenwald St. Ulricherwald,** nachstehendes, an gut fahrbaren Wegen liegendes, vom letzten Winterhieb stammendes Nadellangholz (Tannen mit 12 % Fichten): 22 Stämme I Kl. 65 Fm., 30 II 52 Fm., 122 III 112 Fm., 163 IV 84 Fm., 173 V 47 Fm., 15 VI 272, 17 Absch. I 31 Fm., 38 II 34 Fm., 44 III 21 Fm. **i. g. rund 450 Fm.** Der Fuhrlohn zur Station Krotzingen beträgt unverbindlich 4.50 M. pro Fm. Forstwart Nann St. Ulrich, Post Vollschweil zeigt das Holz vor. — H.399

Güterrechtsregister.

Bühl. H.407
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 17: **Wissinger, Alb.,** Schmiedmeister in Bühlertal, und Paulina geb. Karcher daselbst. Durch Vertrag vom 26. Juli 1926 ist Gütertrennung nach § 1426 ff. B.G.B. vereinbart.
Bühl, 13 Aug. 1926.
Bad. Amtsgericht II.

Durlach. Güterrechtsregister: Eingetragen am 13. 8. 1926; **Eberle,** Sebastian, Maurerpolier in Jöhlingen, und Wilhelmine geb. Fischer. Vertrag vom 13. Juli 1926. Unter Aufhebung des seitherigen gesetzlichen Güterstandes Gütertrennung.
Amtsgericht. H.408

Städtische Sparkasse Hockenheim.

H.395

Rechenschaftsbericht über das Jahr 1925 als das 50. Geschäftsjahr.

Konto	Umsatz Soll RM	Umsatz Haben RM	Bilanz per 31. Dez. 1925 Aktiva RM	Bilanz per 31. Dez. 1925 Passiva RM
Kassa	1 831 513.58	1 835 770.06	22 170.78	
Spareinlagen	272 387.14	552 175.69		429 718.60
Konto-Korrent	2 228 588.68	2 010 967.93	325 436.22	59 926.61
Sonderkreditoren:				
I. feste Darlehen	40 000.—			
Diskont-Erntewechsel	45 650.—	30 650.—		
Goldmarkhypotheken	138 948.—	21 135.—	173 991.95	
Schuldschein	81 445.—	71 617.20	72 623.90	
Ernte-Wechsel-Darlehen	5 318.—	15 344.—		
Wechsel-Bestand	86 203.25	85 773.90	6 443.60	
Zentral-Girokonto	1 062 570.30	1 150 636.14		73 559.45
Postscheck	259 097.48	261 804.85	3 520.40	
Betriebsfonds-Anteile bei Zentrale	7 000.—		11 196.90	
Zinsen	38 427.69	71 521.71		
Schuldner-Aufwertung		427.16		1 213.66
Unkosten	17 687.83	7 013.31		
Konto pro Diverse	3 603.—	3 603.—		
Einnahme-Rückstände			461.45	
Gemeindedarlehen, Übernommene Kaufgelder, Effekten, Immobilien u. Mobilien 5×1 RM			5.—	
Reservefonds				39 176.—
Sonderrücklage				12 255.88
	6 118 439.95	6 118 439.95	615 850.20	615 850.20

Gesamt-Umsatz . . . . . RM 12 236 879.90

Gewinn- und Verlustkonto 1925.

Soll.	RM	Haben.	RM
An Zinsen	38 427.69	Aus Zinsen	71 725.86
An Unkosten	17 687.83	Aus Grundstücken	685.30
An Reingewinn	22 623.65	Aus Sachen	6 328.01
	78 739.17		78 739.17

Hockenheim, den 31. Juli 1926.

Städtische Sparkasse.

Der Verwaltungsrat: Rinklef, Bürgermeister. **Der Geschäftsleiter:**

Oeffentliche Sparkasse Lörrach.

(Städtische Sparkasse.)

H.405

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Verwaltungsgebäude	56 443.40	1. Kapitalschulden:	
2. Aktivkapitalien	1 081 900.05	a) für Grundstücke	56 442.40
3. Rückstände	2 134.12	b) Spar- und Girogutbaben	1 070 151.53
4. Kassenvorrat	42 840.32	c) Rücklagen	16 295.65
5. Inventar	1.—	2. Geschäftsgewinn für 1925	40 429.31
	1 183 318.89		1 183 318.89

Lörrach, den 15. August 1926.

Oeffentliche Sparkasse Lörrach (Städtische Sparkasse).
Schultz.

Druck G. Braun, Karlsruhe.